



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

17. Stadtratsprotokoll / 17^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 16. November 2023, 18.00 Uhr

Séance du jeudi 16 novembre 2023 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Augsburger-Brom Dana, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cacciabue Anna Louise, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggli Roland, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Loderer Benedikt, Maurer Stefan, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Eggimann Roman, Francescutto Luca, Hamdaoui Mohamed, Leuenberger Bernhard, Magnin Nadia, Schneider Veronika, Stocker Julien, Tonon Ariane, Vouillamoz Naomi, Wiederkehr Martin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, secrétaire parlementaire

| | | |
|-----|---|----|
| 5. | 20220197 Finanzstrategie 2033..... | 42 |
| | • Allgemeine Debatte | 46 |
| | ○ A) Schuldenbremse..... | 52 |
| | ○ B) Finanzordnung..... | 52 |
| | ○ C) Schuldenrückzahlung | 53 |
| | ○ D) Einnahmen | 53 |
| | ○ E1) Steueranlage | 53 |
| | ○ E2) betriebliche Einnahmen | 53 |
| | ○ F) betriebliche Ausgaben | 54 |
| | ○ G) Investitionen..... | 55 |
| | Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation, Briechle Dennis, GLP, Roth Myriam, Grüne «Unzumutbare Velostation – wie lange noch?»..... | 57 |
| | ○ H1) Selbstfinanzierungsgrad, Zielgrösse | 57 |
| | ○ H2) Selbstfinanzierungsgrad, Bandbreite..... | 58 |
| | ○ H3) Selbstfinanzierungsgrad, Anhebung Zielgrösse | 58 |
| | ○ H4) Selbstfinanzierungsgrad, Kennzahl | 59 |
| | ○ I) Zinsbelastungsanteil | 59 |
| | ○ J) Eigenkapital..... | 60 |
| | ○ K) operatives Ergebnis..... | 60 |
| 7. | Dringliches Postulat 20230219, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, «Der Gemeinderat setzt sich für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich ein» | 61 |
| 10. | Postulat 20230141, Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte, «E-Trottinette: Strafbestimmung gegen wildes Parkieren»..... | 62 |
| 11. | Postulat 20230142, Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte, «Aufwertung der Madretsch-Schüss» | 63 |
| 12. | Überparteiliches Postulat 20230109, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Oberle Fabio, Fraktion SP/JUSO, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Kaufkraft der Bieler:innen schützen – Allfällige Übergewinne zurück verteilen» | 63 |
| 13. | Interpellation 20230111, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Ist es verantwortbar, Steuern von Personen mit Ergänzungsleistungen zu erheben?»..... | 64 |
| 14. | Interpellation 20230112, Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO, «Übernahme der Credit Suisse und Immobilien in Biel» | 65 |
| 15. | Interpellation 20230113, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, «Boden, Gebäude und Mietobjekte der Stadt Biel»..... | 66 |
| 16. | Neueingänge..... | 67 |

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung.

5. 20220197 Finanzstrategie 2033

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Bei der Finanzstrategie 2033 handelt es sich um einen Bericht, zu welchem der Gemeinderat inhaltliche Vorschläge des Stadtrats entgegennimmt. Auf Ihrem Tisch finden Sie eine Tabelle über die von den Fraktionen eingegangenen Rückmeldungen. Der Stadtrat wird nun über die Änderungsvorschläge debattieren und darüber abstimmen. Der Gemeinderat wird sich damit anschliessend materiell auseinandersetzen.

Die Debatte läuft folgendermassen ab: Zuerst werden die Rückweisungsanträge behandelt, anschliessend folgt die allgemeine Debatte. Schliesslich folgen Detailberatung und Abstimmungen über die eingereichten Vorschläge. Die Finanzstrategie wird dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt; eine Schlussabstimmung findet keine statt.

Ich erteile zunächst dem Finanzdirektor das Wort für ein Korrigendum.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Bei der Präsentation der Finanzstrategie wurde die Finanzdirektion darauf hingewiesen, dass die Grafik mit dem Verlauf des Selbstfinanzierungsgrades wahrscheinlich nicht stimmt. Wir haben die Zahlen überprüft und bestätigen, dass diese Grafik auf veralteten Daten basiert. Die Zahlen werden noch aktualisiert. Bitte beachten Sie, dass sämtliche Grafiken in der Finanzstrategie Momentaufnahmen sind.

Rückweisungsantrag

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: 15 Änderungsvorschläge zur Finanzstrategie liegen vor. Der Stadtrat nimmt jedoch nur Kenntnis vom Geschäft. Die grosse Anzahl der Stellungnahmen aus verschiedenen Fraktionen zeigt, dass keine Einigkeit besteht. Wesentliche Teile der Finanzstrategie sind umstritten. Im Januar 2023 haben alle Fraktionen eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben, in der unter anderem folgende Punkte vereinbart wurden:

1. Die Stadt Biel erarbeitet eine Finanzstrategie.
2. Die Ausarbeitung der Finanzstrategie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.
3. Die Erarbeitung der Massnahmen zur Stabilisierung des städtischen Finanzhaushaltes erfolgt kooperativ.

Die gemeinsame Absichtserklärung war ein konstruktiver Kompromiss. Leider wurde bei der vorliegenden Finanzstrategie nur der erste Punkt erfüllt. Die Ausarbeitung erfolgte weder in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, noch war der Prozess besonders kooperativ. Die Finanzdirektion und der Gemeinderat haben die Finanzstrategie im Alleingang erarbeitet. Die zuständige stadträtliche Kommission wurde zwar informiert, Gelegenheit für Rückmeldungen gab es jedoch kaum. Und die nach Protesten eingebrachten Rückmeldungen wurden nicht in die Finanzstrategie aufgenommen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, wie eigentlich vereinbart, war es nicht.

Der ungenügende Einbezug des Stadtrates sowie die fehlende Möglichkeit, sich auf die groben Züge der Finanzstrategie einigen zu können, rächen sich jetzt. Heute liegen aus verschiedenen Fraktionen zahlreiche Änderungsvorschläge vor. Dem Stadtrat stehen nun zwei Möglichkeiten offen: Entweder weisen wir die Finanzstrategie zurück und beauftragen den Gemeinderat, diese in einem geeigneten Gefäss und mit dem Ziel, sich in einer Kompromissstrategie zu einigen, gemeinsam zu überarbeiten, oder wir diskutieren heute Abend die Finanzstrategie und fällen zu den verschiedenen Änderungsvorschlägen Mehrheitsentscheide. Dabei besteht das Risiko, dass wir schlussendlich eine Finanzstrategie verabschieden, hinter der ein relevanter Teil des Parlaments nicht stehen kann. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass die erste Variante der sinnvollere Weg ist. Weisen wir das Geschäft zurück und versuchen, uns zu einigen. Die Verzögerung um ein paar Monate ist es Wert, wenn am Ende dafür eine breit abgestützte Finanzstrategie vorliegt. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO zu unterstützen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Herr Koller hat soeben die Einschätzung seiner Fraktion dargelegt. Der Gemeinderat ist anderer Meinung. Die Meinung der anderen Fraktionen über die Zusammenarbeit zu kennen, wäre interessant. Ich bin nicht sicher, ob sich hinter diesem Unbehagen, welches Sie, Herr Koller, geäußert haben, nicht noch etwas anderes verbirgt. Etwa das Gefühl, dass mit der vorliegenden Finanzstrategie wesentliche Aspekte in eine falsche Richtung gehen. Heute Abend besteht die Möglichkeit, die Richtung zu ändern. Die Rückmeldungen der Fraktionen enthalten zum grossen Teil marginale Punkte fast schon redaktioneller Art. Die Vorschläge der Fraktionen SP/JUSO verfolgen im wesentlichen die Absicht, den Selbstfinanzierungsgrad mit dem Ergebnis des steuerfinanzierten Haushalts ohne ausserordentliche Aufwände und Erträge zu ersetzen. Dies würde eine substantielle Änderung bedeuten, welche ich bei den anderen Vorschlägen nicht sehe.

Was bezweckt der Gemeinderat mit der Finanzstrategie? Er will damit langfristig planen. Beispielsweise spielt die Frage der Schuldenentwicklung eine wichtige Rolle. Diese Frage war auch in den Gesprächen mit den Fraktionspräsidien immer wieder Thema und ist aus meiner Sicht der Kernpunkt. Der Gemeinderat überlegt sich bereits heute, wann und wo bei der Schuldenentwicklung eingegriffen werden muss; dies gilt ebenso für den Selbstfinanzierungsgrad. Schlussendlich ist der Gemeinderat gar nicht so weit von Ihrem Vorschlag entfernt. Der einzige Unterschied liegt im nicht manipulierbaren Selbstfinanzierungsgrad. Das Ergebnis der Jahresrechnung verfügt hingegen über einen gewissen Spielraum. Heute wird diskutiert, in welche Richtung die Finanzstrategie verändert werden soll. Wollen wir eine weitere Zunahme der Schulden mit dem Effekt der steigenden Zinsbelastung und kritischen Überprüfung der Ausgaben? Der Gemeinderat will mit der Diskussion heute Abend wissen, in welche Richtung der Stadtrat gehen will. Die Annahme der Rückweisung verhindert diese Diskussion. Ich empfehle Ihnen den Rückweisungsantrag abzulehnen und die wichtige Debatte zu führen.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Den Entscheid zum Rückweisungsantrag wird die Fraktion Grünes Bündnis abhängig von der Meinung der anderen Fraktionen fällen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: La stratégie proposée contient à nos yeux les éléments nécessaires à l'assainissement des finances. Le Groupe PRR salue pour cela le travail du Conseil municipal. Ceux d'entre nous qui ont étudié les finances publiques s'y retrouveront. J'ajouterais pour ma part également un indicateur de l'effort d'investissement afin que le patrimoine financier de la Ville ne perde pas sa valeur. Jusqu'ici,

il n'y a pas de dimension politique mais juste les outils nécessaires à une bonne gestion des finances publiques. La dimension politique viendra à l'étape suivante, pour savoir si et à quelle vitesse l'assainissement doit se faire. Ce débat doit se faire à ce moment-là. Si la demande de renvoi aboutit, cela ne nous laissera pas l'occasion d'engager ce débat et le début du travail d'assainissement des finances sera repoussé. Cela serait très regrettable pour les finances de la Ville. Le Groupe PRR va donc demander de rejeter cette demande de renvoi afin de pouvoir entrer en matière dans le débat politique à ce sujet.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ unterstützt den Rückweisungsantrag nicht. Wir haben den Prozess nicht so kritisch erlebt wie die Fraktion SP/JUSO. Der Gemeinderat hat an verschiedenen Sitzungen mit der GPK die Finanzstrategie besprochen. Ausserdem wurde sie im grösseren Kreis mit der GPK und den Fraktionspräsidien diskutiert. Aus unserer Sicht fand durchaus ein Austausch zwischen Gemeinderat und Stadtrat statt. Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung: Dass ausgerechnet die Partei, welche sowohl im Gemeinderat wie auch in der GPK am stärksten vertreten ist, sich jetzt kritisch äussert, ist gegenüber ihren Vertretungen in den genannten Gremien ein Misstrauensvotum.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Genau das Gegenteil der Äusserungen von Herrn Koller trifft zu. Die Fraktion SP/JUSO versucht, eine Gesprächsverweigerung durchzubringen. Erfahrungsgemäss wird im Stadtrat entsprechend dem Mehrheitsverhältnis meistens im Sinn der Fraktion SP/JUSO abgestimmt. Offensichtlich sollen die eingereichten Vorschläge der Fraktionen im Stadtrat nicht diskutiert werden. Zwischen der Finanzdirektion, der GPK und den Fraktionspräsidien laufen parallel Detailgespräche, wie beispielsweise zum 1:1-Prinzip.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist vom Rückweisungsantrag überrascht. Eigentlich sind wir davon ausgegangen, dass über die finanzielle Problematik der Stadt Biel Einigkeit besteht. Wir stellten uns die Frage, ob die Kritik dem Prozess oder dem Inhalt gilt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der Meinung, dass jetzt konstruktive Lösungen gefunden werden müssen. Im Rückweisungsantrag wird von einer stadträtlichen Finanzkommission gesprochen, die es heute gar nicht gibt. Als GPK-Mitglied finde ich deren Erwähnung ein wenig speziell. Den Rückweisungsantrag interpretieren wir als Blockade der Diskussion und bedeutet einen Vertrauensverlust gegenüber der Fraktion SP/JUSO. Inhaltlich erscheint uns die Finanzstrategie grundsätzlich sinnvoll. Wir sehen genügend Freiraum für Umsetzungsvarianten und einzelne Themenbereiche werden nicht zum Voraus ausgeschlossen. Wir sehen mit der Finanzstrategie Möglichkeiten zur Erreichung einer, hoffentlich langfristigen, finanziellen Sicherheit. Die politische Debatte wird Feinjustierungen vornehmen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt den Rückweisungsantrag ab und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun, damit in die Beratung eingestiegen werden kann.

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Unser Rückweisungsantrag wird offensichtlich falsch verstanden. Wir wollen uns dem Gespräch nicht verweigern, sondern fordern einen interaktiven Prozess. Dieser soll zur Findung von Kompromissen und zur Vermeidung von Unzufriedenheiten beitragen. Möglichst alle Vertretungen aus den verschiedenen Gremien sollen dabei sein, um eine Ablehnung und somit ein Scheitern in der Schlussabstimmung zu vermeiden.

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Herr Koller hat überhaupt nicht das Gespräch verweigert. Ich finde solche Behauptungen unschön. Er hat gesagt, es gehe darum,

den Prozess zu verbessern. An der Sitzung gestern wurde in der 2. Lesung zur Revision der Stadtordnung (20160091 «Totalrevision der Stadtordnung») festgehalten, dass diese nötig geworden war, nachdem an der 1. Lesung nicht alle verstanden hatten, über was im Einzelnen abgestimmt worden ist. In diesem Sinne hat Herr Koller recht. Die verschiedenen Positionen zur Finanzstrategie sollen jetzt in einem ersten Schritt eingehend geprüft und diskutiert werden. Eine neue Version könnte dann vorbereitet und an der nächsten Stadtratssitzung nochmals behandelt werden. Ich unterstütze den Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO, weil ich ebenfalls der Meinung bin, dass das Geschäft heute zu wenig ernsthaft vorbereitet ist.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich äussere mich zum Vorwurf des Finanzdirektors, die Fraktion SP/JSUO verfolgte einige Hintergedanken. Dem ist überhaupt nicht so. Wir haben uns auf die heutige Sitzung vorbereitet und unsere Positionen formuliert und eingereicht. Sie liegen Ihnen heute vor. Grundsätzlich freue ich mich auf die Diskussion zur Finanzstrategie heute Abend. Ich denke aber, dass dies nicht unbedingt klug ist. Am Ende haben wir ein Papier, hinter welchem ein erheblicher Teil dieses Parlamentes nicht stehen kann. Viel sinnvoller wäre eine erste Diskussion in einem kleineren Gremium gewesen. Damit hätten wir uns, wie bei der Revision der Stadtordnung und dem Budget 2023, auf eine Strategie einigen können. Anpassungen mittels Mehrheitsentscheiden vorzunehmen, sind kein kooperativer Prozess und in dieser Sache nicht sinnvoll. Dem Vorwurf der Gesprächsverweigerung widerspreche ich in aller Entschiedenheit. Es geht vielmehr darum, eine Eskalation und Uneinigkeit zu vermeiden. Ich höre jetzt, dass von bürgerlicher Seite kein Interesse besteht, die Finanzstrategie zuerst in einem kleineren Gremium vorzuberaten. Die Fraktion SP/JUSO ist bereit, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen.

Sutter Andreas, FDP: Die Position einer Fraktion ist keine Motion. Einen Mehrheitsentscheid über den Wortlaut gibt es nicht. Sie ist vielmehr eine Richtungsvorgabe für die weitere Arbeit des Gemeinderates. Demnach kann heute Abend darüber diskutiert und abgestimmt werden. Klar ist, dass unsere Vorschläge von bürgerlicher Seite wohl grösstenteils unterliegen werden.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Fraktion SP/JUSO zieht ihren Rückweisungsantrag zurück. Es liegt ein zweiter Rückweisungsantrag vor.

Rückweisungsantrag

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Den vorliegenden Rückweisungsantrag reiche ich zusammen mit den beiden Vertretern der PdA ein. Im Bericht des Gemeinderats steht, dass der Stadtrat ohne Schlussabstimmung von der Finanzstrategie Kenntnis nimmt. «Planungserklärungen» sind in der Geschäftsordnung des Stadtrates (GO SR; SGR 1.5.1-1) nicht vorgesehen und haben keinen rechtsverbindlichen Charakter. Warum soll der Stadtrat über etwas beschliessen, das nicht rechtsverbindlich ist? Ich habe den Eindruck, dass dann darüber gestritten wird, dass die Entscheide zwar politisch verbindlich aber nicht rechtsverbindlich sind. Ein parlamentarischer Vorstoss zu dieser Frage würde Klarheit bringen. Warum wird ein Weg gewählt, der nicht klar ist und nichts Verbindliches beinhaltet? Wir beantragen die Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag, dieses besser vorbereitet dem Stadtrat vorzulegen. Das momentan geplante Vorgehen führt zu Unklarheit. Wir stellen diesen Prozess in Frage, weil er einen Streitpunkt darstellt. Machen wir etwas, das transparent ist und Klarheit verschafft. Ich bitte Sie, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag von Dana Augsburg-Brom, Pir Chè Celik und Peter Heiniger.

Der Antrag wird abgelehnt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Damit kommen wir zur Allgemeinen Debatte. Eigentlich wurde dazu schon viel gesagt.

Allgemeine Debatte

Suter Daniel, au nom de la Commission de gestion: Par leur déclaration d'intention du 19 janvier 2023, les partis et groupes représentés au Conseil de ville ont reconnu unanimement l'urgence de la stabilisation des finances municipales. Ce travail est à entreprendre sur la base d'une stratégie financière élaborée par le Conseil municipal à l'horizon 2033, et ceci en étroite collaboration avec le Conseil de ville. Cette stratégie nous est aujourd'hui soumise pour prise de connaissance.

La notion de stratégie est définie comme une manière d'organiser et de structurer un travail, mais aussi de coordonner une série d'actions et de prévoir un ensemble d'actions en fonction d'un résultat. Il s'agit donc de dresser les lignes directrices pour la gestion financière de la Ville dans l'objectif de l'assainissement postulé par les partis biennois en janvier 2023. Cette tâche incombe au Conseil municipal selon la loi sur les communes (RSB 170.11; LCo) et le Règlement de la Ville de Bienne (RDCo 1.0-1). Le Conseil communal gère la commune, dont il planifie et coordonne les activités nous dit l'article 25 alinéa 1 de la LCo. Le Conseil municipal commence son rapport en évoquant la situation financière de notre Ville avec ces aspects problématiques mais aussi ceux plutôt intéressants afin de définir quatre principes de politique financière durable tout en prenant en compte le maintien et le développement de la marge de manoeuvre. Ces quatre principes de politique financière durable sont :

- La stabilité
- la bonne proportion entre dépenses d'investissement et de consommation
- la prévisibilité
- la transparence.

Le tout est basé sur trois grands objectifs qui sous-tendent la stratégie financière 2033, soit relever le degré d'auto-financement, maintenir un endettement soutenable et garantir la disponibilité de capitaux propres en suffisance. Il s'agit de dégager un flux trésorier positif permettant de financer les investissements davantage par des fonds propres dans le but de garder notre précieuse marge politique. Le Conseil municipal trouve les leviers utiles pour cela dans les revenus et charges d'exploitations et l'investissement. Afin d'agir sur l'évolution des fonds propres, le Conseil municipal trouve les moyens nécessaires dans les revenus et charges sans effet sur la trésorerie, notamment par la gestion des financements spéciaux. Enfin et pour surveiller l'évolution de ces trois facteurs, le Conseil municipal se réfère aux indicateurs financiers qui leurs correspondent, soit le degré d'auto-financement des investissements nets, la quotité des charges des intérêts et le quotient de l'excédent du bilan.

Le Conseil municipal se tient strictement aux catégories du modèle comptable MCH2. L'élaboration de cette stratégie et sa mise en oeuvre sont de la responsabilité du

Conseil municipal. Il doit pour cela décider des mesures qu'il peut ou veut entreprendre comme la révision des processus de planification budgétaire et financière, de planification des investissements, de coordination entre les directions et le controlling. Tout cela est fait toujours au regard des besoins et développements actuels de la Ville. Un compte-rendu périodique est fait au Conseil de ville sur l'état de sa stratégie et la réalisation de ces objectifs dans le cadres des comptes et budgets annuels. Toutes ces mesures débouchent finalement sur les champs d'action énumérés au chapitre 8 annexe. Quant à l'ancrage légal de cette stratégie, une première base a été créée hier soir avec l'article 84a du nouveau règlement de la Ville.

La Commission de gestion juge le rapport du Conseil municipal fondamentalement de manière positive. D'abord car il réalise un voeu partagé par tous les partis politique qui est le besoin d'une stratégie financière visant l'assainissement des finances communales. Le travail effectué fait preuve de professionnalisme car c'est une matière complexe mais elle est présentée de manière transparente et compréhensible. Ceci, grâce au focus mis sur les trois objectifs primaires que sont l'auto-financement, l'endettement et le développement de fonds propre disponibles. Le tout étant basé sur la stratégie globale Bienne 2030 visant le développement durable de la marge de manoeuvre financière de notre Ville.

La stratégie laisse la porte ouverte à des adaptations si les circonstances le demandent. Quelques dissonances se sont tout de même fait entendre sur ce papier stratégique au sein de la commission. D'abord concernant l'élaboration de son processus dont l'aspect itératif est en partie contestée. A ce sujet, d'autres insistent sur la compétence en la matière du Conseil municipal. L'implication du Conseil de ville ayant dans ce cas été plus intense que dans le cas d'autres stratégies comme celles de la formation, de la circulation routière ou même de la stratégie globale 2030 pour Bienne. Cela s'illustre aussi par la possibilité de formuler des positions dans le cadre du présent débat.

Une autre réserve a été formulée quant à la prise en compte de la stratégie du seul résultat d'exploitation négligeant ainsi le résultat financier. La Commission de gestion a pris acte de l'explication du Conseil municipal selon laquelle l'évolution de la dette dépend d'abord des flux de trésorerie. Cette dernière provient exclusivement des comptes d'exploitation. La part de ces mêmes flux issus du résultat financier étant négligeable. Le degré d'auto-financement de 100% visé par le Conseil municipal pour la période 2029-2033 est jugé démesuré par certains membres de la Commission de gestion, mais pour d'autres, l'objectif reste valable. En revanche, en tenant compte de la démographie biennoise, l'objectif d'une quotité d'impôts maximale inférieure à la médiane cantonale est globalement jugée optimiste sans que la Commission de gestion ne formule une position au sens du chiffre 2 du projet d'arrêté.

Le développement, la conduite et la mise en oeuvre de cette stratégie financière étant en premier lieu aux mains du Conseil municipal, sa concrétisation finale et décisive devra se faire dans le cadres des processus budgétaires à suivre dont le calendrier proposé par le Conseil municipal apparaît comme réaliste. La compétence et la responsabilité pour la suite de la stratégie financière incombe dès lors, au Conseil de ville. C'est en ce sens et avec ces réflexions que la Commission de gestion a pris connaissance du rapport du Conseil municipal. Elle souhaite encore remercier toutes les personnes qui ont contribué à ce travail.

Lehmann Caroline, Fraktion GLP+: Ich ergreife das Wort für meinen Kollegen, Julien Stocker. Er hätte sehr gerne heute Abend gesprochen, ist aber leider krankheitsbedingt abwesend. Die Fraktion GLP+ hat die Finanzstrategie eingehend studiert und diskutiert und war auch am Prozess beteiligt. Handlungsbedarf bei den Bieler Finanzen ist unbestritten vorhanden. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, haben zukünftige Generationen ein grosses finanzielles Loch und keinerlei Handlungsmöglichkeiten. Die Fraktion GLP+ ist von der vorliegenden Finanzstrategie überzeugt und mit den Zielen zufrieden. Die Selbstfinanzierung der Nettoinvestitionen zu erhöhen, tragbare Schulden sicherzustellen und ein freies Eigenkapital aufzubauen, scheinen uns die richtigen Parameter zu sein, um in Zukunft nachhaltiger wirtschaften zu können. Den vorgeschlagenen Zeithorizont zur Erreichung der Ziele finden wir ambitioniert. Eine vertiefte Prüfung der eingereichten Änderungsvorschläge der Fraktionen durch den Gemeinderat ist gerechtfertigt. Über das Ganze gesehen, können wir jedoch dem Gemeinderat gratulieren. Solch ambitionierte Ziele zu setzen und auszuarbeiten erfordert Mut. Deren Verfolgung begrüsst die Fraktion GLP+ sehr. Der Stadtrat sollte heute auch den Mut beweisen und dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung das notwendige Vertrauen schenken, diese Ziele umzusetzen. Die vorliegende Finanzstrategie eröffnet der Stadt Biel neue Perspektiven.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Strategien können vom Gemeinderat in eigener Kompetenz erlassen werden, weshalb wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken. Über einige Punkte zu debattieren ist sinnvoll. Was bezweckt die Finanzstrategie? Sie soll helfen, der Stadt Biel den nötigen finanziellen Handlungsspielraum zu geben. Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Wir begrüssen, dass in der Präambel zur Finanzstrategie steht: *«Gesunde Finanzen sind die Grundlage, um die 'Strategie Biel 2030: Die Stadt der Möglichkeiten' umzusetzen und auch zukünftig attraktiv zu bleiben.»* Es geht also darum, demokratische Entscheidungen umzusetzen und der Bieler Bevölkerung die entsprechende Infrastruktur und Leistung zu bieten. Und diese müssen finanziert werden. Wir müssen vermeiden, dass finanzielle Sachzwänge die Aufgabenerfüllung der städtischen Behörden be- oder sogar verhindern. Damit der Gemeinderat auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen kann, braucht es finanziellen Spielraum. Wichtig ist, die Finanzstrategie auf einer hohen Flughöhe anzusiedeln. Sie sagt weder präzise vorher, um welchen Betrag der Finanzhaushalt saniert werden muss, noch wie das gemacht wird. Das ist richtig so, denn die Finanzstrategie darf nicht mit einer Haushaltssanierung verwechselt werden.

Trotzdem finden sich in der vorliegenden Finanzstrategie einzelne Elemente, welche der hohen Flughöhe nicht ganz entsprechen. Konkret handelt es sich dabei beispielsweise um das anvisierte Ziel eines Selbstfinanzierungsgrades von 100%. Dieses schöne Ziel soll neue Schulden verhindern, bedeutet andererseits aber auch, dass Investitionen nicht geplant werden können, wenn, zumindest kurzfristig, die Mittel dazu fehlen. Der Gemeinderat müsste seine Investitionen noch weiter senken und geht damit das Risiko ein, wichtige Infrastrukturvorhaben nicht zu realisieren. Hier ergibt sich ein grundsätzlicher Widerspruch zum erklärten Ziel, der Stadt ihren Handlungsspielraum zurückzugeben. Die Investitionsplanung und die Diskussionen im Stadtrat lassen Zweifel aufkommen, ob ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% in den kommenden Jahren realistisch ist. Die Fraktion Grünes Bündnis vertritt deshalb die Position, dass eine allgemeine Formulierung zur Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades in der Finanzstrategie ausreicht und bittet den Gemeinderat, auf die Festlegung von 100% zu verzichten. Schlussendlich wird über die Entwicklung der Finanzen wohl politisch entschieden.

Ein wichtiges Element der Finanzstrategie ist die Schaffung transparenter Grundlagen. Die Rückschau über einen längeren Zeitraum in den Tabellen auf Seite 17 unter Punkt 8.4 vereinfacht die Diskussion. Tendenzen über eine gewisse Zeit sind einfacher zu verstehen als abstrakte statistische Konstrukte. Dazu wünschen wir noch einige fehlende Ergänzungen.

1. Die Darstellung des Eigenkapitals: Aktuell ist nur das Fremdkapital dargestellt. Im Kontext der Finanzstrategie wäre das Eigenkapital aber ebenfalls wichtig, insbesondere das frei verfügbare Eigenkapital. Ein zeitlicher Verlauf dieser Kennzahl wäre sinnvoll.
2. Die Fraktion Grünes Bündnis vertritt die Position, dass nicht nur das Betriebsergebnis in die Finanzstrategie gehört, sondern auch das operative Ergebnis. Dass dieses aktuell ausgeklammert wird, ist für uns nicht nachvollziehbar. Warum sollen Schuldzinsen, Mieteinnahmen oder Baurechtszinsen nicht cash-relevant sein? Das operative Ergebnis soll ebenfalls im Zeitverlauf wie in den Tabellen unter Punkt 8.4 dargestellt werden.
3. Unter Punkt 5.2 im Entwurf der Finanzstrategie erwähnt der Gemeinderat, dass die Steueranlage unter dem kantonalen Mittelwert von heute 1,74 liegen soll. Das heisst, die Steueranlage in Biel darf höchstens um einen Zehntel steigen. Zur Erinnerung: Der Gemeinderat hat im Budget 2023 eine Steuererhöhung von anderthalb Zehntel vorgeschlagen. Vielleicht sollte diese Zielgrösse noch einmal überdacht werden. Wir regen an, dieses Ziel zu löschen oder eine andere Bandbreite zu verwenden.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Suite à la lecture et la prise de connaissance de la stratégie financière du Conseil municipal, le Groupe PSR souhaite être entendu sur les éléments suivants. En premier lieu, tout le monde souhaite que la Ville de Bienne soit la ville où tout est possible grâce à des finances saines. Nous pensons que tous les partis sont d'accord avec les principes souhaités par le Conseil municipal. En revanche, différents partis de cet hémicycle ne sont pas d'accord avec le chemin pour y parvenir. Dès lors, chacun doit mettre un peu d'eau dans son vin pour y parvenir. C'est ce qu'on appelle un compromis.

La gauche a consenti, depuis l'automne dernier, à 5 mio. d'économies mises dans les mesures Substance 2030 et prises en compte dans les budgets 2023 et 2024 afin d'assainir les finances de la Ville. Afin de faciliter le dialogue avec la droite, nous avons décidé de ne pas faire cas et d'accepter ces mesures malgré la décision de refus populaire. Que fait la droite afin de trouver des compromis avec la gauche? En ce qui concerne la stratégie financière à proprement parler, dont on est censé seulement prendre connaissance, notre groupe est déçu que le Conseil municipal ait fait le choix de construire ces phrases, de sorte que les miliciens non-experts en la matière que nous sommes ne comprennent pas exactement les tenants et aboutissants. On nous parle de transparence mais c'est tout l'inverse. Quel est le but de ce papier? Pourquoi ne pas avoir clarifié le processus d'élaboration entre le Conseil municipal et le Conseil de ville pour créer une stratégie financière ensemble comme le demande la déclaration d'intention de janvier 2023?

De notre avis, le processus n'a pas suffisamment d'assise démocratique et ce n'est pas acceptable. Nous n'avons cessé de le dire durant tous les workshops effectués mais nous n'avons pas été entendus jusqu'à présent. Pourquoi le Conseil municipal martèle que nous avons un faible degré d'auto-financement alors que cette année il s'est monté

à plus de 67%. Enfin dans chaque document que nous recevons, les chiffres varient et c'est donc compliqué de s'y retrouver. Notre groupe est d'avis que pour travailler de manière constructive avec tout le monde, il faut appeler un chat un chat et donner toutes les informations importantes pour que nous puissions nous déterminer en toute connaissance de cause.

A propos de ce degré d'auto-financement, ce qui intéresse en particulier le PSR c'est de définir des buts réalistes et réalisables, et savoir comment le Conseil municipal compte les réaliser. Un auto-financement à 100% n'est pas réaliste, à notre avis. D'autre part, le Conseil municipal nous dit par exemple qu'il existe des opportunités financières à réaliser avec notre patrimoine financier. Quelles sont ces opportunités? Lorsqu'en workshop le Conseil municipal nous explique que les charges d'exploitation vont augmenter, pourquoi ne se prépare-t-il pas d'emblée à la question qui va venir de savoir pourquoi une pareille augmentation. Pour le moment, la réponse du Conseil municipal est qu'il ne lui est pas possible de donner cette information. Il en va de même lorsqu'on demande l'état des finances en cours d'année.

Nous nageons donc à l'aveugle et on nous demande de prendre des décisions importantes sans savoir pourquoi exactement. De plus, nous avons décidé que pour 1 franc d'économie, 1 franc de recette doit être fait. Comment le Conseil municipal estime pouvoir appliquer ce principe s'il ne fait aucune proposition concrète pour augmenter les recettes et qu'il limite la possibilité d'augmenter les impôts à une quotité inférieure à la médiane cantonale. Les seules solutions proposées dans cette stratégie sont extrêmement vagues et souvent il s'agit uniquement de mettre en place des instruments de controlling. Cela aura pour effet de donner plus de travail à l'administration qui va à l'encontre du principe d'optimisation des processus souhaité. Ceci, sans compter le fait qu'il n'y a pour le moment pas de tel controlling, monitoring ou autre anglicisme. Tout cela nous amène à poser les questions suivantes.

Comment le Conseil municipal entend-il:

- atteindre son but d'orienter le budget en faveur de la population tout en suggérant de réduire les prestations à cette même population?
- intégrer une culture financière constructive et transparente en dialoguant de manière systématique avec l'administration et les milieux politiques s'il ne commence pas par déterminer un processus clair et fournir un document présentant l'évolution des coûts et leur raison afin que nous sachions où va notre argent?

En conclusion, le Groupe PSR salue les principes élaborés par le Conseil municipal pour une politique financière durable. Pour autant, il n'est pas du tout satisfait par la façon dont se déroule de dialogue entre l'Exécutif et le Législatif à ce sujet. Notre groupe trouve très désagréable de devoir entrer en matière sur une telle stratégie sans avoir les chiffres actuels qu'il demande pourtant depuis août 2022. Nous ne demandons qu'à pouvoir travailler main dans la main pour le bien de notre Ville et de notre population mais actuellement ce processus manque de transparence. La vision du Conseil municipal est pessimiste et nous peinons à comprendre son intérêt et ses buts réels à présenter et faire les choses de cette façon. Il s'agit là d'un fait que nous regrettons fortement.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich finde es schade, dass sich die bürgerliche Seite des Stadtrats schrittweise vom Weg des Kompromisses verabschiedet. Ein Kompromiss bei der Finanzstrategie ist von der bürgerlichen Ratsseite nicht erwünscht. Verstärkt trat dies bei der Diskussion zum Budget 2024 zutage. Nach der Genehmigung

des Budgets im Stadtrat, hat die Fraktion PRR für die Volksabstimmung die Nein-Parole beschlossen. Sie und die Hälfte der Fraktion FDP haben dem Budget im Stadtrat nicht zugestimmt. Wie soll mit diesem Vorgehen eine gemeinsame Basis für eine erfolgreiche kooperative Haushaltssanierung gefunden werden? Meine Zweifel, dass dies mit der bürgerlichen Ratshälfte möglich sein wird, nehmen leider zu.

Der Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO ist keinesfalls als Weigerung zu verstehen, die Finanzstrategie mitzutragen. In der gemeinsamen Absichtserklärung wurde festgehalten, dass die Finanzstrategie das Ziel hat, den Finanzhaushalt der Stadt Biel auszugleichen. Biel soll sich nicht noch weiter verschulden. Als Konsequenz soll ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% in der Finanzstrategie festgeschrieben werden. Somit könnten keine Investitionen in Schulhäuser und Strasseninfrastruktur mit Fremdkapital mehr getätigt werden. Dies hätte für die Stadt Biel katastrophale Folgen. Wir wissen alle, dass Biel einen grossen Investitionsstau aufweist. Wenn wir kommenden Generationen nicht eine verlotterte Infrastruktur übergeben wollen, müssen wir investieren. Um diese Investitionen zu realisieren, müssen neue Schulden aufgenommen werden. Auf Schulden zu verzichten ist auch aus finanzieller Sicht nicht sinnvoll. Beim Pfortnerhaus im Stadtpark beispielsweise wurde viel zu lange mit der Sanierung zugewartet. Am Ende kostete die aufgeschobenen Arbeiten viel mehr als ein frühzeitiges Eingreifen. Eine Begrenzung der Verschuldung würde die notwendigen Investitionen zeitlich nach hinten verschieben und diese würden am Ende viel teurer. Das kann keine verantwortungsvolle Finanzpolitik sein und nicht im Interesse der BielerInnen! Der Selbstfinanzierungsgrad von 100% ist in der aktuellen Situation ausserdem enorm schwierig zu erreichen. Dafür wäre eine regelrechte Schocktherapie nötig. Die negativen Folgen für die mittelfristige Stadtentwicklung wären wahrscheinlich gravierend.

Ein weiteres Problem der vorliegenden Finanzstrategie ist, dass die Einnahmenseite kaum erwähnt wird. Liebe KollegInnen haben Sie schon einmal die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Biel mit den Ausgaben anderer Städte verglichen? Im Vergleich mit den Städten Zürich, Bern und Basel stellt sich heraus, dass die Stadt Biel viel tiefere Ausgaben hat. In Biel haben wir ein Einnahmenproblem. Für einen ausgeglichenen Haushalt sind die Einnahmen zu tief. Dieses Problem wird in der vorliegenden Finanzstrategie nur stiefmütterlich behandelt und kommt darin kaum vor. Der Gemeinderat setzt denn auch keinen Schwerpunkt auf die Einnahmeerhöhung. Um langfristig die Situation zu verbessern, müssen wir dieses Problem jedoch angehen. Die Finanzstrategie weist einige Mängel auf. In der Detailberatung gehe ich näher darauf ein. Mit unseren Positionen wollen wir die Finanzstrategie verbessern und einigermassen annehmbar machen. Wir wollen eine Finanzstrategie im Interesse der Stadt Biel und nicht ein Abwürgen der Stadtentwicklung.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous pouvons être reconnaissants au Conseil municipal pour son travail et surtout pour avoir eu la possibilité au Conseil de ville de participer à l'élaboration de ce document. C'est un bon document qui reprend les bases et les outils pour une bonne gestion des finances publique. Certes, la vulgarisation à des miliciens n'est peut-être pas toujours facile en conservant les termes techniques corrects. Le taux d'auto-financement est la grande discussion de ce soir. Pourra-t-il atteindre les 100% avec nos finances, personne ne le sait actuellement. Il devra en tout cas être augmenté. Le point soulevé par Monsieur Koller avec les investissements n'est pas totalement faux. Le risque, avec seulement des indicateurs d'auto-financement et sans indicateurs concernant les investissements, est peut-être problématique. A mon avis, il faudra ajouter un indicateur supplémentaire, à savoir, la proportion des investissements. Dans les kits de différents indicateurs de finances publique il en existe un qui est normé et qualifié, sur la base duquel on peut comparer avec d'autres villes. Je

pense qu'il faudrait prendre la peine de le prendre. En effet, sans investissements suffisants, il y aura une perte de notre patrimoine financier. Cela n'est pas visible mais cela a été vu dans les années 2000 avec le retard d'investissements dans les écoles. Ce sera le moment après ces entrées en matière d'en parler afin de savoir où l'on souhaite aller.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wir kommen zur Detailberatung über die einzelnen Positionen der Fraktionen, welche Ihnen schriftlich vorliegen. Die Tischvorlage «Planungserklärungen» enthält verschiedene Anträge, die thematisch von A bis K geordnet sind.

A) Schuldenbremse

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen fordert die Erwähnung einer Schuldenbremse in der Finanzstrategie. Wir verweisen auf die überparteiliche Motion 20160111 «HRM2-konforme Schuldenbremse für die Stadt Biel». Diese wurde im Stadtrat angenommen und verlangt die Einführung einer Schuldenbremse bis zum 01.01.2019. Im Rahmen der Beratung zur Totalrevision der Stadtordnung wurde der Vorstoss als erfüllt abgeschrieben. Jetzt besteht mit der Finanzstrategie die Gelegenheit, das Anliegen aufzunehmen und umzusetzen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der Gemeinderat wird sich in der laufenden Diskussion zurückhalten und nicht zu allen Forderungen der Fraktionen Stellung beziehen. Er wird die Anliegen im Nachgang zur heutigen Stadtratssitzung besprechen.

Abstimmung

- über Vorschlag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, in der Finanzstrategie die Schuldenbremse zu erwähnen.

Der Vorschlag wird abgelehnt.

B) Finanzordnung

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Hier, nous avons ancré une première partie dans l'article 84 du règlement de la Ville, ensuite on va en parler sur le point g) chiffre 3. Je n'ai rien de plus à ajouter.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Cette première proposition du PRR qui concerne l'ancrage légal de la stratégie financière est différente du point suivant qui viendra dans le point g) chiffre 3. Dans ce point-là, les socialistes demandent la suppression du traitement des gains de vente de patrimoine financier alors que le PRR avait demandé que cela soit introduit. Pour revenir à l'ancrage légal de la stratégie financière, il me semble que cela devrait être réglé dans le règlement des finances avec des critères précis mais dans un avenir proche. Ce soir, le Groupe PRR vous demande d'ancrer légalement le principe d'avoir une stratégie financière.

Abstimmung

- über den Vorschlag der Fraktion PRR, die Finanzstrategie in einem Reglement zu verankern.

Der Vorschlag wird abgelehnt.

C) Schuldenrückzahlung

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Nous retirons notre proposition étant donné qu'elle figure dans la stratégie financière présentée ce soir.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Fraktion PRR zieht ihre Forderung bezüglich Schuldenrückzahlung zurück.

D) Einnahmen

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Kapitel 4 der Finanzstrategie führt fünf Grundsätze auf, nach denen der Finanzhaushalt in der Stadt Biel geführt werden soll. Darunter wird auch das Wort «sparen» erwähnt. Die Fraktion SP/JUSO ist der Meinung, dass die Einnahmesituation ein wichtiges Problem darstellt. Die Finanzstrategie ist deshalb mit dem Grundsatz zu ergänzen, dass die Stadt Biel sich das Ziel setzt, die Einnahmen auf sozialverträgliche Art und Weise zu erhöhen.

Abstimmung

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO, die Grundsätze der Finanzstrategie mit dem Ziel der Einnahmeerhöhung auf sozialverträgliche Art zu ergänzen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

Die Finanzstrategie ist in Kapitel 4 mit einem Grundsatz zu ergänzen, indem die ungenügende Einnahmesituation hervorgehoben wird und die Stadt sich das Ziel setzt, die Einnahmen auf sozialverträgliche Art und Weise zu erhöhen.

E1) Steueranlage

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Die Fraktion Grünes Bündnis zieht ihren Vorschlag betreffend Steueranlage zurück.

E2) betriebliche Einnahmen

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: In der gemeinsamen Absichtserklärung wurde das 1:1-Prinzip festgelegt. Pro eingespartem Franken sollen die Steuern um einen Franken erhöht werden. Letztlich bestimmt also dieses Prinzip, wie hoch die Steuern erhöht

werden. In der Finanzstrategie einen Höchstwert für die Steueranlage festzulegen, bedeutet einen Widerspruch zum vereinbarten 1:1-Prinzip und sollte deshalb aus der Finanzstrategie entfernt werden. Eine Steueranlage unter dem Median ist ausserdem ein Ziel, welches den Steuerwettbewerb anheizt. Würde sich jede Gemeinde dieses Ziel setzen, müssten alle Gemeinden die Steueranlage auf 0 reduzieren.

Abstimmung

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO, den maximalen Höchstwert für die Steueranlage aus der Finanzstrategie zu entfernen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

In Kapitel 5.2 sind die finanziellen Steuerungshebel in der Box «betriebliche Einnahmen» wie folgt anzupassen: ~~Die max. Steueranlage soll tiefer liegen als der Median im Kanton Bern.~~

F) betriebliche Ausgaben

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Da die Finanzstrategie nicht in einem kleineren Kreis diskutiert werden konnte, kommen wir jetzt wegen einem Detail nach vorne. Wir finden es aber trotzdem relevant. Die nominalen Gesamtausgaben zu reduzieren, findet die Fraktion SP/JUSO nicht realistisch. Mit Sparmassnahmen gelingt es im besten Fall, die Ausgaben zu stabilisieren. Die Formulierung «*Die Ausgaben können mittelfristig stabilisiert werden*» sollte realistisch sein.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Für den Gemeinderat ist nicht klar, was mit der neuen Formulierung gemeint ist. Ich erinnere an die unterschriebene Absichtserklärung mit dem 1:1-Prinzip. Wir gehen davon aus, dass das Haushaltssanierungsziel wesentlich höher liegt als bei CHF 2 Mio. Wenn am 1:1-Prinzip festgehalten werden soll, führt dies zu einer spürbaren Reduktion der Ausgaben. Wie sieht hier Ihre Einordnung gegenüber der Absichtserklärung aus?

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Herr Finanzdirektor, Sie sprechen von der Haushaltssanierung. Hier geht es aber um die Finanzstrategie und diese ist längerfristig und geht über die Haushaltssanierung hinaus. Die Stabilisierung der Ausgaben geht über den Zeithorizont von zwei, drei Jahren hinaus und ist ein ambitioniertes Ziel. Es geht nicht darum, in einem Sanierungsprozess die Ausgaben nicht zu senken.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Eigentlich geht es um Finanzen und Zahlen. Jetzt wird mehr Wortklauberei betrieben. Wir sind auf dem richtigen Weg und mir persönlich ist egal, welches Wort in der Finanzstrategie erwähnt wird. Etwas anderes beunruhigt mich aber. Wir haben unpräzise Angaben der Stimmezähler. Bei bis jetzt fünf Abstimmungen kam jedes Mal ein anderes Gesamtergebnis zustande. Möglicherweise haben nicht jedes Mal alle abgestimmt. Die letzte vom Stadtratspräsidenten genannte Zahl kann aber unmöglich stimmen. Die Abstimmungen zu wiederholen ist unnötig, denn

dies würde am jeweiligen Ergebnis nichts ändern. Wird aber ein Abstimmungsresultat doch einmal knapp, müsste präzise gezählt werden.

Abstimmung

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO, den Ausdruck «reduziert» betreffend die mittelfristigen Ausgaben zu streichen und stattdessen «stabilisiert» zu verwenden.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

In Kapitel 5.2 sind die finanziellen Steuerungshebel in der Box «betriebliche Ausgaben» wie folgt anzupassen: Die Ausgaben können mittelfristig stabilisiert ~~reduziert~~ werden.

G) Investitionen

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Der Gemeinderat sieht vor, dass Investitionen immer aus eigenen Mitteln finanziert werden müssen. Die Fraktion SP/JUSO ist damit nicht einverstanden. Die Stadt Biel muss sich für Investitionen verschulden können. Wir haben einen grossen Investitionsstau. Weiter zuzuwarten, verteuert die sowieso nötigen Investitionen nur. Der Satz im Kapitel 5.2, dass die Investitionen nur selber finanziert werden dürfen, ist deshalb aus der Finanzstrategie zu streichen. Dies gilt auch für Desinvestitionen, das heisst Verkäufe aus dem Volksvermögen. Dazu hat die Fraktion SP/JUSO eine klare Haltung: Das Volksvermögen wollen wir nicht verkaufen denn es generiert zusätzlich Einnahmen in der Höhe von CHF 15 - 20 Mio. jährlich. Die Strategie muss sein, die Einnahmen aus diesem Vermögen zu steigern. Der Verkauf von Vermögen wäre eine kurzfristige und völlig falsche Finanzpolitik. Ausserdem wollen wir nicht, dass der Verkauf von Vermögen zum Abbau der Schulden verwendet wird. Im besten Fall gelingt es, die Schulden zu stabilisieren. Den Abbau der Schulden halten wir für realitätsfremd und finanzpolitisch falsch. Falls ausreichend Geld für Schuldenabbau vorhanden sein sollte, muss zuerst der Investitionsstau behoben werden.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Pour revenir sur ces trois déclarations de planification présentée par le Groupe SP/JUSO, il me semble qu'un consensus existe afin de plafonner les investissements dans le budget à 30 mio. maximum par année. Le principe du plafonnement est élémentaire et doit être pris en compte dans le cadre de la stratégie. C'est pour cela que la première demande n'a pas de sens. Deuxièmement, que les investissements d'expansion soient si possible financés par eux-mêmes, c'est également élémentaire, et c'est un objectif qu'il serait bête de ne pas envisager. Troisièmement, si l'on parle de désinvestissement et de l'utilisation de produits de vente du désinvestissement, le point principal c'est le désinvestissement. Quand on entend ce qu'il en est des besoins d'entretien de notre propriété immobilière auxquels la Ville ne peut pas répondre, le réflexe d'un privé serait de se séparer de ces biens. Donc la notion de désinvestissement doit être envisagée. Pour la suite, que le produit de la vente ne soit pas consommé mais utilisé pour rembourser les dettes serait fondamentalement sain et prudent du point de vue de la gestion financière. **Je vous invite à rejeter toutes ces propositions faites en point G.**

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Der Gemeinderat will die Investitionen bei CHF 30 Mio. plafonieren. In der vorliegenden Finanzstrategie sind sie so zu plafonieren, dass sie selbst finanziert werden können. Für 2024 würde dies Investitionen von maximal CHF 10 Mio. bedeuten. Der Finanzdirektor kann mich gerne korrigieren, falls diese Zahl nicht stimmt. Der vorgesehene Höchstbetrag liegt damit deutlich unter dem heutigen Plafond. In der Finanzstrategie steht, dass die Investitionen wenn möglich selber finanzierbar sind. Diese Formulierung ist sehr offen gehalten. Daher werde ich den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO, diesen Satz zu streichen, ablehnen. Das Thema Desinvestition hingegen ist doch sehr abstrakt und einem Verkauf von Vermögen kann ich nicht zustimmen.

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO versteht das Argument, dass die Formulierung «wenn möglich, selber zu finanzieren» offen gehalten ist und **zieht deshalb den Vorschlag auf Streichung zurück (G2)**. Die Wahrscheinlichkeit, dass Desinvestitionen getätigt werden, ist sehr klein. Trotzdem finden wir, dass diese Gelder nicht zur Tilgung der Schulden verwendet werden sollten.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Die Diskussion zur diesem Punkt der Finanzstrategie ist wichtig. Es geht um Investitionen und die Schuldenentwicklung und dabei besteht die Gefahr, in Wunschenken herabzugleiten. Vorhin haben Sie der Forderung, die Ausgaben zu stabilisieren statt zu reduzieren zugestimmt. Mehr fremdfinanzierte Investitionen bedeuten höhere Schulden und damit höhere Schuldzinsen. Diese führen dazu, dass die Ausgabenseite unter Druck gerät. Die Ausgaben können nicht abgekoppelt von den Investitionen betrachtet werden. Innerhalb von vier Jahren hat sich die Schuldzinsbelastung von CHF 15 Mio. auf CHF 30 Mio. verdoppelt. Die Zunahme der Schuldzinsen ist auf die Erhöhung des Zinssatzes aber auch auf Erhöhung der Schulden zurückzuführen. Die Zinsbelastung wird sich mit zunehmenden Schulden auch weiterhin erhöhen. Für den Gemeinderat wird es schwierig zu beurteilen, wo die Prioritäten des Stadtrats liegen. Soll die Priorität bei den Investitionen oder bei der Ausgabenstabilisierung gesetzt werden? Investitionen zu tätigen und gleichzeitig die Ausgaben zu stabilisieren ist eher Wunschenken. Ich bitte Sie, Ihre Überlegungen dazu zu präzisieren.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Nicht jede Investition muss zu 100% selbst finanziert sein. Für Investitionen Schulden aufzunehmen, um die Infrastruktur oder ein Schulhaus auszubauen, kann sinnvoll sein. Bei dieser Debatte darf die Schuldenentwicklung nicht über alles andere priorisiert werden. Wir müssen dafür schauen, dass künftigen Generationen eine funktionierende Infrastruktur und damit eine attraktive Stadt übergeben wird. Die Diskussion heute Abend wäre klarer, wenn mehr Zeit zur Vorberatung in einem kleineren Gremium bestanden hätte.

Abstimmungen

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO **(G1)**, Investitionen klar zu priorisieren (anstelle der Plafonierung und Selbstfinanzierung der Investitionen).

Der Vorschlag wird angenommen.

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO **(G3)**, Folgekosten von neuen Investitionen zu berücksichtigen (Desinvestitionen zur Tilgung der Schulden zu verwenden ist zu streichen).

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierungen zur «Finanzstrategie 2033»:

In Kapitel 5.2 sind die finanziellen Steuerungshebel in der Box „Investitionen“ wie folgt anzupassen:

Investitionen müssen klar priorisiert werden. ~~Investitionen müssen so plafoniert werden, damit sie möglichst selbstfinanzierbar sind.~~

Die Folgekosten von neuen Investitionen sind zu berücksichtigen. ~~Desinvestitionen werden, wenn möglich, zur Tilgung von Schulden verwendet.~~

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Vor der Sitzungspause wird noch über die Dringlichkeit eines eingereichten Vorstosses abgestimmt.

Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation, Briechle Dennis, GLP, Roth Myriam, Grüne «Unzumutbare Velostation – wie lange noch?»

Briechle Dennis, GLP: Ich lege meine Interessenbindung offen: Ich bin Vorstandsmitglied von «Pro Velo Biel/Bienne-Jura-Seeland». In dieser Funktion habe ich zusammen mit meiner Vorstandskollegin, welche ebenfalls Stadratsmitglied ist, die überparteiliche Interpellation verfasst. Ich nehme an, die Thematik ist bekannt. Seit längerer Zeit funktioniert das Zugangssystem der Velostation am Bieler Bahnhof nicht. Die AbonnentInnen und Nutzenden der Velostation beklagen sich ausserdem über die nur spärlichen Informationen der Betreiberin. Unter anderen drängenden Fragen, wird auch die Frage nach der Zufriedenheit innerhalb der Stadtverwaltung mit der Geschäftsführung aufgeworfen. Da die unbefriedigende Situation schon lange dauert, verlangen wir die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr – 21.00 Uhr

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Als Nächstes debattieren wir über den Selbstfinanzierungsgrad.

H1) Selbstfinanzierungsgrad, Zielgrösse

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Die Position der Fraktion Grünes Bündnis zum Selbstfinanzierungsgrad habe ich bereits während der Allgemeinen Debatte erläutert. Auf Seite 11 in der Finanzstrategie wird die konkrete Zielgrösse aufgeführt. Wir finden die genaue Festlegung heikel und möchten eine allgemeine Formulierung zur

Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades der Nettoinvestitionen. Die weitere Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades ist zu beobachten.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Dem Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis steht der folgende der Fraktion SP/JUSO gegenüber.

H2) Selbstfinanzierungsgrad, Bandbreite

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Unsere Forderung geht in die ähnliche Richtung, umfasst jedoch nicht nur das Ziel des Selbstfinanzierungsgrads sondern auch den Zinsbelastungsanteil und das Eigenkapital. Die Ziele sind grundsätzlich in Ordnung. Der Detaillierungsgrad ist jedoch deutlich zu hoch und wir halten diesen für problematisch. Ausserdem würde diese Vorgabe faktisch eine Schuldenbremse bedeuten, welche bei dem herrschenden Investitionsstau schädlich wäre. Wir schlagen vor, den Detaillierungsgrad zu verringern und stattdessen eine Bandbreite als qualitative Absicht festzuhalten.

Abstimmung

- Gegenüberstellung der Vorschläge der Fraktion Grünes Bündnis (**H1**) und der Fraktion SP/JUSO (**H2**)

Der Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis obsiegt. (H1: Allgemeine Formulierung anstelle der konkreten Zielgrösse für den Selbstfinanzierungsgrad).

H3) Selbstfinanzierungsgrad, Anhebung Zielgrösse

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen fordert die Anhebung der Zielgrösse im Selbstfinanzierungsgrad. An der Informationsveranstaltung der Finanzdirektion wurden die geplanten Zielgrössen für die Phasen 1 und 2 als realistisch eingestuft. Die vorgeschlagene Minimallösung ist der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zu wenig ambitioniert. Wir erachten eine Anhebung um 10 Prozentpunkte als realistisch und vertretbar. Mit dem Ziel, für Phase 1 von 2024–2028 einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 90% und für Phase 2 von 2029–2033 einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 110% anzustreben, erreichen wir bis in acht Jahren einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 100%.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich stelle jetzt die Vorschläge der Fraktion Grünes Bündnis (H1) und der Fraktion SVP/Die Eidgenossen (H3) einander gegenüber.

Abstimmung

- Gegenüberstellung der Gegenüberstellung der Vorschläge der Fraktion Grünes Bündnis (**H1**) und der Fraktion SVP/Die Eidgenossen (**H3**).

Der Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis obsiegt. (H1: Verzicht auf eine konkrete Zielgrösse).

H4) Selbstfinanzierungsgrad, Kennzahl

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Der Selbstfinanzierungsgrad ist eine Grösse, mit welcher die Verschuldung kontrolliert wird. In der Absichtserklärung haben wir uns auf das Vorhaben geeinigt, den Finanzhaushalt zu stabilisieren und zu verbessern. Die Fraktion SP/JUSO vertritt deshalb die Meinung, dass in der Finanzstrategie eine andere Zielgrösse festgelegt werden sollte. Das operative Ergebnis wäre eine geeignete Grösse, um Klarheit über Defizit oder Gewinn zu haben. Schliesslich haben wir uns darauf geeinigt, den Finanzhaushalt auszugleichen und nicht die Verschuldung zu begrenzen. Deshalb muss das Ziel geändert werden und damit auch die Kennzahl und die Messgrösse. Wir schlagen vor, das operative Defizit mit dem Ziel eines ausgeglichenen Ergebnisses mit einer Bandbreite aufzunehmen. Diese Kennzahl bildet das Ziel der Absichtserklärung besser ab als ein Selbstfinanzierungsgrad von 100%.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Ich weise nochmals darauf hin, dass auch die Angaben zum operativen Ergebnis uns nicht davon befreien werden, die Verschuldungsentwicklung im Auge zu behalten. Dieser Wert hat den Nachteil, dass er manipulierbar und nicht eindeutig ist. Im Gegensatz dazu ist der Selbstfinanzierungsgrad nicht veränderbar und in seiner Aussagekraft eindeutig.

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Natürlich können wir die Verschuldung nicht ignorieren. Ich weise jedoch darauf hin, dass wir mit dem Zielwert der Zinsbelastung eigentlich schon über ein Steuerungsmittel für die Verschuldung verfügen. Dies doppelt zu kontrollieren ist unnötig. Der Vorschlag der Fraktion SP/JUSO ist deshalb besser.

Abstimmung

- Gegenüberstellung der Vorschläge der Fraktion Grünes Bündnis (H1) und der Fraktion SP/JUSO (H4).

Der Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis (H1) obsiegt und wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

Anstelle der konkreten Zielgrösse für den Selbstfinanzierungsgrad, wie sie auf S. 11 der Finanzstrategie formuliert ist, wird der Gemeinderat gebeten, die allgemeine Formulierung beizubehalten, wie sie andernorts ausgeführt ist: Die Finanzstrategie bezweckt die Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrads der Nettoinvestitionen.

I) Zinsbelastungsanteil

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Kennzahl über den Zinsbelastungsanteil berücksichtigt die Ausgaben für die Schulden und die Zinseinnahmen aus Darlehen der Stadt. Nicht berücksichtigt werden dabei aber die Zinseinnahmen aus Baurechten und Immobilien. Eine korrekte Kennzahl berücksichtigt sowohl die gesamten Ausgaben als auch die gesamten Einnahmen. Die Fraktion SP/JUSO schlägt deshalb dem Gemeinderat

vor, sämtliche Einnahmen aus dem Vermögen wie auch sämtliche Ausgaben zu berücksichtigen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Diese Formel kann geändert werden, ist dann jedoch nicht mehr die Kennzahl zum Zinsbelastungsanteil und somit auch nicht mehr vergleichbar mit anderen Städten.

Abstimmung

- über den Vorschlag der Fraktion SP/JUSO, die Kennzahl des Zinsbelastungsanteils mit den Zinserträgen aus Baurechten und Immobilien zu ergänzen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

Die Kennzahl des Zinsbelastungsanteils ist so zu ergänzen, dass neben dem Zinsertrag (Sachgruppe 440) auch die Zinserträge aus Baurechten und Immobilien berücksichtigt werden.

J) Eigenkapital

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Es geht um eine Ergänzung in Kapitel 8.4. Das freie Eigenkapital ist nicht ersichtlich. Deshalb schlägt die Fraktion Grünes Bündnis vor, die Entwicklung des Eigenkapitals, insbesondere des «frei verfügbaren» Eigenkapitals, aufzuzeigen.

Abstimmung

- über den den Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis, unter Punkt 8.4 der Finanzstrategie die Entwicklung des frei verfügbaren Eigenkapitals, aufzuzeigen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

Der Gemeinderat wird gebeten, in Kapitel 8.4 der Finanzstrategie auch die Entwicklung des Eigenkapitals, insbesondere des «frei verfügbaren» Eigenkapitals, aufzuzeigen.

K) operatives Ergebnis

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: In der Finanzstrategie ist vom Betriebsergebnis die Rede. Unseres Erachtens wäre aber eigentlich das operative Ergebnis treffender. In Kapitel 8.4 sollte deshalb ebenfalls die Entwicklung des operativen Ergebnisses dargestellt werden. Schliesslich ist diese Kennzahl für den Selbstfinanzierungsgrad relevant.

Abstimmung

- über den den Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis, unter Punkt 8.4 der Finanzstrategie die Entwicklung des operativen Ergebnisses darzustellen.

Der Vorschlag wird angenommen.

Der Stadtrat überweist dem Gemeinderat folgende inhaltliche Positionierung zur «Finanzstrategie 2033»:

In der Finanzstrategie sollte das operative Ergebnis erwähnt werden und nicht (nur) das Betriebsergebnis. In Kapitel 8.4 sollte ebenfalls die Entwicklung des operativen Ergebnisses dargestellt werden.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Damit nimmt der Stadtrat Kenntnis von der «Finanzstrategie 2033». Wir kommen zum nächsten Traktandum.

7. Dringliches Postulat 20230219, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, «Der Gemeinderat setzt sich für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich ein»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Der Regierungsrat zog in einer Medienmitteilung ein positives Resultat zur Erfolgskontrolle des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG). Die Erfolgskontrolle muss regelmässig durchgeführt werden. Auf deren Basis legt der Regierungsrat dem Grossen Rat entweder einen Bericht oder eine Vorlage für eine Gesetzesanpassung vor.

Was ist das Ziel des FILAG? Ich zitiere Art. 1 des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich des Kantons Bern (BSG 631.1): «*Dieses Gesetz bezweckt, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Belastung der Gemeinden zu mildern und ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung anzustreben, wobei die Bedeutung der finanzstarken Gemeinden für den Kanton anerkannt wird.*» Ich verstehe darunter, dass die Gemeinden zusammen mit dem Kanton ein finanzielles Ausgleichssystem schaffen, welches auf Solidarität zwischen finanzschwächeren und -stärkeren Gemeinden beruht. Diese Solidarität ist gerade für den Kanton Bern wichtig, denn er ist einerseits gross und andererseits sehr vielfältig.

Ab 2025 wird die Stadt Biel rund CHF 1 Mio. weniger als Ausgleich für pauschale Zentrumslasten erhalten. Aufgrund der neuen Erhebung der Zentrumslasten der Gemeinden hat sich eine Verschiebung ergeben. Im Verhältnis zu Bern und Biel hat Thun neu höhere Zentrumslasten. Die Gesamtsumme des pauschalen Zentrumslastenausgleichs für die drei Gemeinden Bern, Biel und Thun bleibt gleich gross. Mit der neuen Verteilung bleibt deshalb für Biel weniger übrig. Ich stelle fest, dass die Beträge für öffentliche Aufgaben wie Gehälter für Lehrpersonen, Sozialhilfe, öffentlicher Verkehr

und so weiter kontinuierlich ansteigen, der Finanzausgleich aber konstant gleich hoch bleibt.

Für eine Stadt wie Biel tut sich damit eine Schere auf. Ab 2025, also mitten im Prozess einer Haushaltssanierung, fliesst unglücklicherweise CHF 1 Mio. weniger in die Stadtkasse. Mit dem vorliegenden Postulat fordere ich, dass der Gemeinderat auf kantonaler Ebene aktiv wird. Dort werden Entscheidungen getroffen, welche die städtischen Finanzen schlagartig mehr beeinflussen können als achtstündige Debatten im Stadtrat. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass die Einflussnahme auf übergeordneter Ebene eine Daueraufgabe sei. Die Stellungnahme des Gemeinderates im laufenden Vernehmlassungsverfahren habe ich nicht gesehen. Ich vertraue darauf, dass der Gemeinderat für die Stadt Biel Stellung bezieht. Ein Treffen des Gemeinderats mit VertreterInnen des Seelands im Grossen Rat fand seit der Veröffentlichung der Medienmitteilung des Regierungsrates meines Wissens nicht statt. Vielleicht kommt das Thema FILAG ja beim nächsten Austausch auf den Tisch. Könnte der Gemeinderat noch darüber informieren, welche sonstigen Möglichkeiten offenstehen, um die Anliegen Biels auf kantonaler Ebene zu vertreten?

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Herr Rüber hat die Ausgangslage treffend zusammengefasst. Die Verschiebung des Ausgleichs der Zentrumslasten beruht auf dem von Ihnen, Herr Rüber, erwähnten Effekt. Die Stadt Thun hat ihre Zentrumslasten systematisch erfasst. Biel hat das vor ungefähr sechs Jahren getan und sich damals ebenfalls verbessert. Die Erhebung könnte allenfalls hinterfragt werden. Die Vertreter der Stadt Biel können den Kanton jedoch nur anmahnen. Eine entsprechende Bemerkung in der Stellungnahme an den Kanton ist vorgesehen. Die VertreterInnen der Kantonsbehörden wissen, dass die Gemeinderatsmitglieder von Biel nicht im Grossen Rat vertreten sind und nur über eine eingeschränkte Lobby verfügen. Ein mögliches Ziel wäre die Erhöhung des Gesamtbetrags für den Ausgleich der Zentrumslasten. Im Moment ist es aber sehr schwierig, im Grossen Rat dafür eine Mehrheit zu finden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

10. Postulat 20230141, Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte, «E-Trottinette: Strafbestimmung gegen wildes Parkieren»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Die Beantwortung des Gemeinderats enthält einen grundsätzlichen Widerspruch. Im ersten Absatz schreibt er, dass für eine kommunale Regelung kein Raum vorhanden wäre. Im zweiten Absatz erwähnt der Gemeinderat, dass seiner Auffassung nach eine kommunale Bestimmung im Moment nicht notwendig wäre. Besteht also doch Raum für eine kommunale Regelung? Offen bleibt, wann der Gemeinderat Handlungsbedarf sieht. Klar ist, dass er im Moment nichts unternehmen möchte, obschon die wild parkierten Leihgeräte bald genauso zum Stadtbild gehören wie das Rot der städtischen Verkehrsbetriebe. Irgendwie habe ich Verständnis dafür, dass keine Strafbestimmung eingeführt werden soll. Schliesslich würde sich diese gegen ein Unternehmen richten, mit welchem die Stadtverwaltung

einen Vertrag eingegangen ist. Es überrascht mich, dass der Gemeinderat den bestehenden Vertrag nicht erwähnt, um eine Sanktionsmöglichkeit vorzusehen. Beim wilden Parkieren handelt es sich ausschliesslich um Leihrottinetts und nicht um solche von Privaten. Mit dem Ruf nach einer Strafbestimmung verfolgte ich die Absicht, das Verhalten der Nutzenden aufgrund drohender Bussen zu lenken. Besteht diese Lenkungsmöglichkeit nicht, bleibt nur das Verbot für derartige Leihfahrzeuge, wie das in anderen Städten bereits der Fall ist.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: En ce qui concerne la contradiction que vous voyez dans la réponse du Conseil municipal, si vous voyez les éléments de phrases qui sont soulignés, une réglementation existe concernant le parage sur les trottoirs. Il s'agit d'une loi fédérale qui permet une amende pour le parage d'une trottinette sur les trottoirs. Par contre, dans le deuxième paragraphe, il est dit que si vous laissez votre trottinette en dehors des trottoirs, aucune base légale ne permet une amende. C'est, pour ce point là que le Conseil municipal dit qu'il serait possible de créer une réglementation à ce sujet. Toutefois, cela n'est pas envisagé pour le moment étant donné qu'il y a d'autres problèmes que vous avez déjà cités.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

11. Postulat 20230142, Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte, «Aufwertung der Madretsch-Schüss»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Die Madretsch-Schüss offen zu legen ist für mich ein langfristiges Ziel. Genauso wie der Gemeinderat, möchte ich dieses Ziel bei passender Gelegenheit verfolgen. Im Zuge der Überarbeitung des Gewässerrichtplans steht nicht nur der Hochwasserschutz im Vordergrund, sondern auch das Stadtklima und die Biodiversität.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

12. Überparteiliches Postulat 20230109, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Oberle Fabio, Fraktion SP/JUSO, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Kaufkraft der Bieler:innen schützen – Allfällige Übergewinne zurückverteilen»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine sind die Energiepreise für die BielerInnen sehr stark angestiegen. Diese zusätzlichen Ausgaben

sind eine grosse Mehrbelastung für das Budget der städtischen Bevölkerung. Gleichzeitig haben viele Energieunternehmen in Europa sehr hohe Gewinne erzielt. Sogenannte Übergewinne sind aufgrund des Ukrainekrieges entstanden. Hat der Energie Service Biel/Bienne (ESB) auch Übergewinne eingefahren? Falls dies der Fall sein sollte, werden diese an die Bieler Bevölkerung weitergegeben? Der ESB produziert eigenen Strom und hätte damit die Möglichkeit gehabt, diesen teurer zu verkaufen oder das billiger eingekaufte Gas zu den aktuellen hohen Marktpreisen zu verkaufen. Der Gemeinderat legt in seiner Beantwortung dar, dass der ESB keine Übergewinne erzielt hat.

Der Gemeinderat schreibt weiter, dass der ESB die Eigenstromproduktion vollumfänglich an die Bevölkerung weitergibt. Das bedeutet, dass der günstige Strom der Bevölkerung zugutekommt und der ESB nicht hohe Gewinne abschöpft. Ausserdem verfolgt der ESB den Grundsatz, die Preise möglichst tief zu halten, statt die Gewinne zu maximieren. Die Fraktion SP/JUSO teilt diese Einstellung. Der ESB ist ein Service public, ein öffentliches Unternehmen also, dass im Interesse der Bevölkerung tätig sein soll. Möglichst stabile Preise zu den bestmöglichen Bedingungen für die BielerInnen sollen ermöglicht aber keine kurzfristigen Gewinne auf Kosten der Bevölkerung erzielt werden. An dieser Stelle ist zu würdigen, dass der ESB diese Politik sehr gut umsetzt.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

13. Interpellation 20230111, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Ist es verantwortbar, Steuern von Personen mit Ergänzungsleistungen zu erheben?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Sollen Ergänzungsleistungsbeziehende besteuert werden? Die Stadt Biel hat zwar ein Einnahmenproblem, aber bei den Ärmsten Steuern einzutreiben, ist äusserst fragwürdig. Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV helfen dort, wo das Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht deckt. Sie gehören zusammen mit der AHV/IV zum sozialen Fundament unseres Staates. Das betriebsamtliche Existenzminimum von CHF 1'200 für Lebenshaltungskosten wurde trotz massivem Anstieg seit Jahren nicht erhöht. Dieser Sachverhalt macht deutlich, auf welchem tiefem Niveau sich die Unterstützung für unsere sozial schwachen Mitmenschen befindet.

In der einseitigen Beantwortung der Gemeinderats wird mit keinem Wort erwähnt, dass die Ergänzungsleistung zwar steuerlich nicht belastet wird, für die Steuererhebung aber dem Haushaltsbudget zugerechnet wird. Mit anderen Worten, der Staat gibt mit einer Hand Ergänzungsleistungen und mit der anderen Hand nimmt er diese zum Teil als Steuern wieder. Für mich ist klar, dass die Berechtigung zum Bezug der Ergänzungsleistungen regelmässig überprüft werden muss. Diese Leistungen aber zur kleinsten Rente dazu zu zählen und damit Steuerschulden zu verursachen, ist absolut unverständlich. Mir ist der Fall einer über 80-jährigen Frau bekannt, welche sich die Steuerschuld monatlich vom Mund abspart. Noch vor wenigen Jahren wurde der Besondere Abzug nach Art. 41 des Steuergesetzes des Kantons Bern (StGB; BSG 661.11) gegenüber allen Ergänzungsleistungsbezügern angewandt. Heute wird insbesondere HeimbewohnerInnen Steuererlass gewährt. Alle anderen müssen

ein Gesuch stellen. Nach dem bernischen Steuergesetz kann das steuerbare Einkommen auf Null gesetzt werden, um Steuern aus Ergänzungsleistungen zu vermeiden. Ausserdem fallen damit Kosten durch die Kontrolle der Steuererklärungen weg.

Meine dritte Frage in der Interpellation wurde vom Gemeinderat nicht vollständig beantwortet. Sie lautet: «*Sind solche Aufwendungen für die Behörden überhaupt gerechtfertigt oder lohnen sich solche Abklärungen weder für die Steuerbehörden noch für die Ergänzungsleistungsbeziehenden?*». Mehrheitlich sind die Abklärungen teurer als die eingeforderten Steuern. Die erwähnte über 80-jährige Frau konnte die Steuern nicht mehr bezahlen und wurde betriebslos. In ihrem ganzen Leben musste sie noch nie eine Betreuung über sich ergehen lassen. Der Aufwand für das Betreibungsverfahren verursacht jetzt zusätzliche Kosten. Kann der zuständige Gemeinderat diese Frage noch ausführlich beantworten? Mein Fazit: Wer für Ergänzungsleistungen bezugsberechtigt ist, soll von Zeit zu Zeit überprüft werden. In den meisten Fällen müsste aber Art. 41 StGB angewendet werden. Es darf nicht sein, dass einige sehr gut Verdienende durch Steuerschlupflöcher wenig oder gar keine Steuern bezahlen und die die Ärmsten der Gesellschaft mit Steuern belastet werden.

Feurer Beat, directeur des finances: Ihre Fragen in der vorliegenden Interpellation liegen nicht in der Kompetenz des Gemeinderats. Die Stadtverwaltung kann die Veranlagungen für Ergänzungsleistungsbeziehende nicht in eigenem Ermessen festlegen. Es gelten die kantonalen Regelungen. Ich selber kümmere mich seit Jahren um eine Ergänzungsleistungsbezüglerin, welche aufgrund von vorhandenem Vermögen über dem Grenzwert ebenfalls Steuern bezahlen muss. Der Aufwand für die Abklärungen ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Der Gemeinderat könnte sich beim Kanton für einen Steuererlass von Ergänzungsleistungsbeziehenden einsetzen.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

14. Interpellation 20230112, Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO, «Übernahme der Credit Suisse und Immobilien in Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Die Antwort des Gemeinderats enttäuscht mich. Ich verstehe, dass die Stadtverwaltung nicht unsere persönliche Rechercheassistenz ist. Ich finde jedoch, dass das Thema der vorliegenden Interpellation von öffentlichem Interesse ist. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort, dass dem Grundbuchamt für Auskünfte der Nachweis eines besonderen Interesses vorliegen muss. Für Private ist dies im vorliegenden Fall jedoch schwierig nachzuweisen.

Tennbaum Ruth, Passerelle: Ich vermute, dass das Schnyder-Areal von der Credit Suisse übernommen wurde.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

15. Interpellation 20230113, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, «Boden, Gebäude und Mietobjekte der Stadt Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die in der vorliegenden Interpellation gestellten Fragen sind insbesondere für den städtischen Wohnungsbau und die Einrichtung eines städtischen Wohn- und Bodenfonds relevant. Der Gemeinderat muss dafür über die notwendigen Grundlagen verfügen und den Stadtrat informieren. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass die verlangten Tabellen für die Stadtratsmitglieder bei der Finanzdirektion verfügbar sind. Ich streiche ein paar wichtige Zahlen aus der Beantwortung heraus. CHF 10,7 Mio. nimmt die Stadt Biel jährlich an Baurechtszinsen ein. Da diese laufende Einnahmen generieren, ist es umso wichtiger, dass die Stadt das Vermögen behält und den Boden nicht verkauft. Die Mieteinnahmen betragen CHF 3,45 Mio. pro Jahr. Rund 80 Gebäude mit 180 Wohnungen und 150 einzelne Gewerbeflächen befinden sich im städtischen Finanzvermögen. Für einen Wohn- und Bodenfonds verfügt die Stadt Biel damit bereits über eine Grundlage. Massgebende Einnahmen für diesen Fonds existieren bereits. Um CHF 3 Mio. würden sich die Einnahmen im Finanzvermögen erhöhen, wenn die Zinsen um einen Prozentpunkt ansteigen. Zinserhöhungen bedeuten nicht nur höhere Schulden sondern auch höhere Einnahmen. Bisher hat der Gemeinderat diesen Effekt in der Finanzplanung nicht berücksichtigt. Ich wünsche mir, dass er dies künftig tut. Schliesslich gehe ich auf die letzte, in der Beantwortung des Gemeinderats erwähnte Zahl ein. CHF 4,1 Mio. kosten die Mietkosten der Stadt Biel jährlich. Hier wäre Einsparungspotenzial vorhanden, wenn die Stadt die Gebäude selber besitzen würde. Ich fordere den Gemeinderat auf, günstigere Lösungen zu finden. Diese Einsparungen würde die Bevölkerung nicht spüren weshalb sie vorzuziehen sind.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

16. Neueingänge

- 20230285 Dringliche überparteiliche Interpellation, Briechle Dennis, GLP, Roth Myriam, Grüne FID**
Unzumutbare Velostation - wie lange noch?
- Interpellation interpartis urgente, Briechle Dennis, PVL, Roth Myriam, Les Vert·e·s DFI**
Combien de temps encore va durer la situation intolérable de la station-vélo ?
- 20230286 Überparteiliche Motion, Eggli Roland, Fraktion GLP+, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Boly Kady, Fraktion PSR, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Augsburger-Brom Dana, parteilos BEU**
Baumschutz für die Stadt Biel
- Motion interpartis, Eggli Roland, Fraktion PVL+, Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte, Boly Kady, Groupe PSR, Clauss Susanne, Groupe PS/JS, Augsburger-Brom Dana, hors partis TEE**
Il faut protéger les arbres de Bienne
- 20230287 Postulat, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Boly Kady, Fraktion PSR BEU**
Massnahmen an der Mühlestrasse für mehr Sicherheit im Quartier Mett
- Postulat , Kilezi Ruth, Groupe PSR, Stolz Joseline, Groupe PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Groupe PSR, Torriani Latscha Isabelle, Groupe PSR, Moeschler Marie, Groupe PSR, Boly Kady, Groupe PSR TEE**
Aménager la rue du Moulin pour rendre le quartier de Mâche plus sûr
- 20230288 Postulat, Kilezi Ruth, Fraktion PSR PRA**
Eine mehrsprachige Website für die Einwohnerdienste!
- Postulat , Kilezi Ruth, Groupe PSR MAI**
Une page internet multilingue pour le service des habitants!

| | | |
|-----------------|--|------------|
| 20230289 | Interpellation, Bord Pascal, PRR | PRA |
| | Mehr Französischsprachige in den Geschäftsleitungen der städtischen Unternehmen? Hat der Gemeinderat diesbezüglich Fortschritte erzielt? | |
| | Interpellation , Bord Pascal, PRR | MAI |
| | Plus de francophones parmi les directions des entreprises municipales? Le Conseil municipal a-t-il progressé sur le dossier? | |

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 22:00 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Der Ratssekretär / Le secrétaire parlementaire:

El Mohib Omar, secrétaire parlementaire

Protokoll:

Rita Flückiger

Nathalie Scheurer

Procès-verbal:

Floriane Pinto Bernardino